



Betriebliches Ausbildungsengagement in den neuen Bundesländern

Ulrich Degen

Diplompolitologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung 1.2 „Qualifikationsstrukturen und Berufsbildungsstatistik“ im Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin

Günter Walden

Dr. rer. pol., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung 6.2 „Berufsbildungsstätten“ im Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn

Im BIBB-Forschungsprojekt „Berufsbildung im Übergang — Analyse der Ausbildungsgestaltung in den neuen Ländern“ werden seit 1991 aufbauend auf qualitativen und quantitativen repräsentativen Erhebungen die wesentlichen Charakteristika und Probleme der Entwicklung der Berufsbildung in den neuen Ländern untersucht. Erste ausgewählte Analyseergebnisse einer Erhebung in Ausbildungsbetrieben Anfang 1994 werden im vorliegenden Beitrag vorgestellt.

Aufbauend auf qualitativen Befragungen der an der Berufsbildung beteiligten Personengruppen¹, wurde im Zeitraum Herbst 1993 bis Frühjahr 1994 von der Forschungsgruppe SALSS im Auftrag des Bundesinstituts für Berufsbildung eine repräsentative schriftliche Befragung bei ausbildenden und nicht-ausbildenden Betrieben zum Stand der Berufsausbildung in den neuen Bundesländern durchgeführt. Insgesamt waren 2 872 Fragebogen auswertbar, die Rücklaufquote betrug 27 Prozent.²

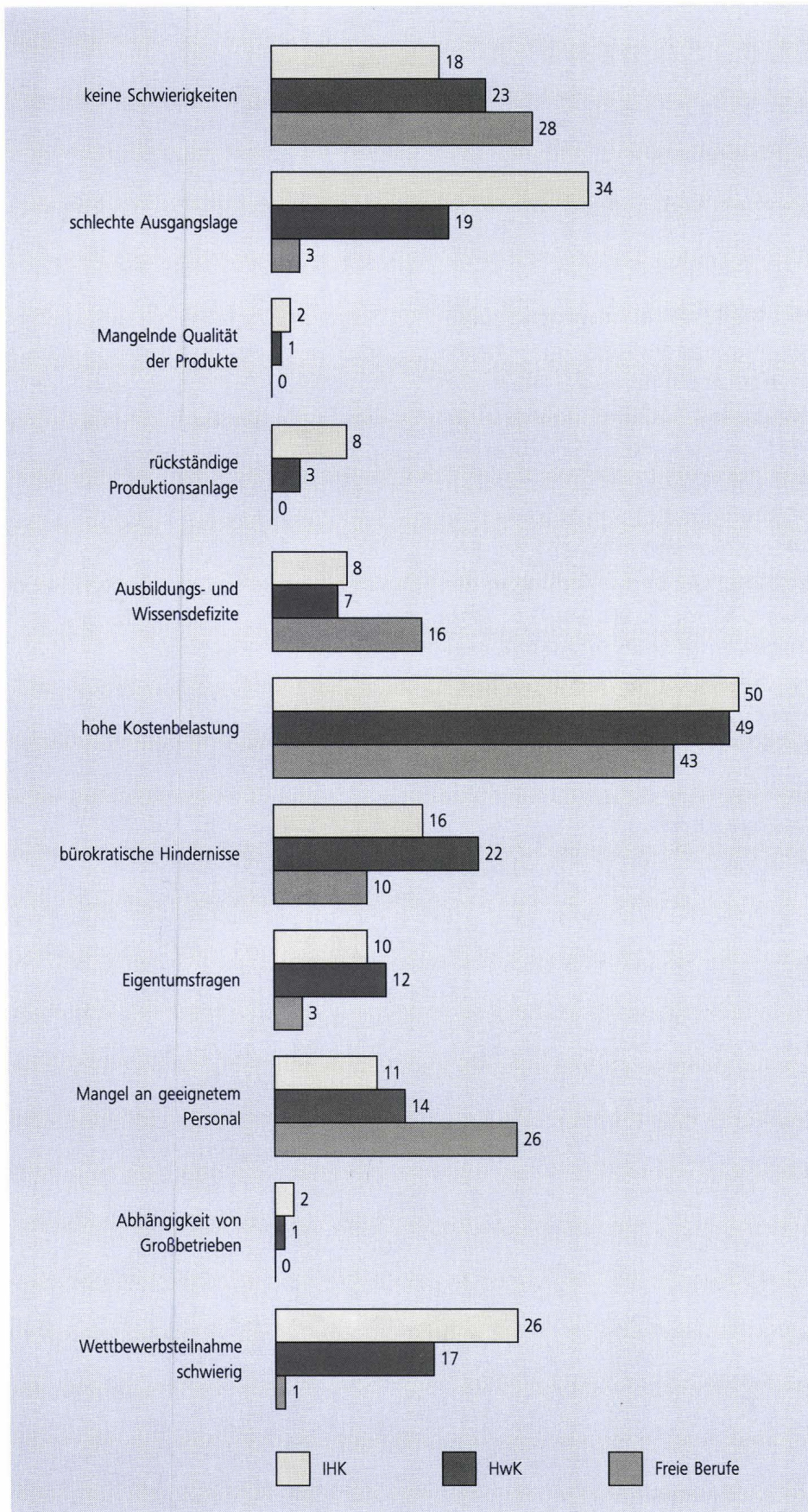
Während in den alten Bundesländern 1994 nach Auffassung der Bundesanstalt für Arbeit mit einem Überangebot an Lehrstellen zu rechnen ist, bleibt in den neuen Ländern auch weiterhin ein Nachfrageüberhang bestehen. So stehen im März 1994 98 000 nicht vermittelten Jugendlichen nur 34 000 freie Ausbildungsplätze gegenüber.³ Das duale System ist in den neuen Ländern noch nicht hinreichend gefestigt. Trotz Ausweitung des

betrieblichen Ausbildungsplatzangebots⁴ vor allem im Bereich des Handwerks ist auch weiterhin die Bereitstellung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze erforderlich. Die betriebliche Berufsausbildung selbst wird von der öffentlichen Hand in einem hohen Maße gefördert. Wie ist nun der gegenwärtig erreichte Stand der Übernahme von Ausbildungsverantwortung durch die Betriebe einzuschätzen und welche Tendenzen ergeben sich für die Zukunft?

Schwierigkeiten von Betrieben

Zur Zeit liegen weder zuverlässige Angaben zur Zahl der Betriebe in den neuen Ländern insgesamt vor, noch gibt es Angaben zur Zahl der Ausbildungsbetriebe.⁵ Auch aus unserer Stichprobe von befragten Ausbildungs- und nicht ausbildenden Betrieben lassen sich entsprechende Hochrechnungen nicht ableiten. Aus den Befragungsergebnissen können für die Gruppe der Ausbildungsbetriebe aber Hinweise zur Stabilität des Ausbildungsengagements gewonnen werden. Von grundsätzlicher Bedeutung für die Stabilität des Ausbildungsengagements sind dabei die wirtschaftliche Situation der Betriebe und die Probleme, die von den Betrieben generell zu bewältigen sind. In unserer Erhebung wurden die Betriebe nach ihren hauptsächlichen Schwierigkeiten gefragt (vgl. Abb. 1). Als Hauptproblem wird von den Betrieben auf eine hohe Kostenbelastung hingewiesen. Fast die Hälfte der Betriebe sieht dieses Problem, wobei dies gleichermaßen für die einzelnen Ausbildungsbereiche gilt.

Abbildung 1: **Schwierigkeiten von Ausbildungsbetrieben** (in Prozent)



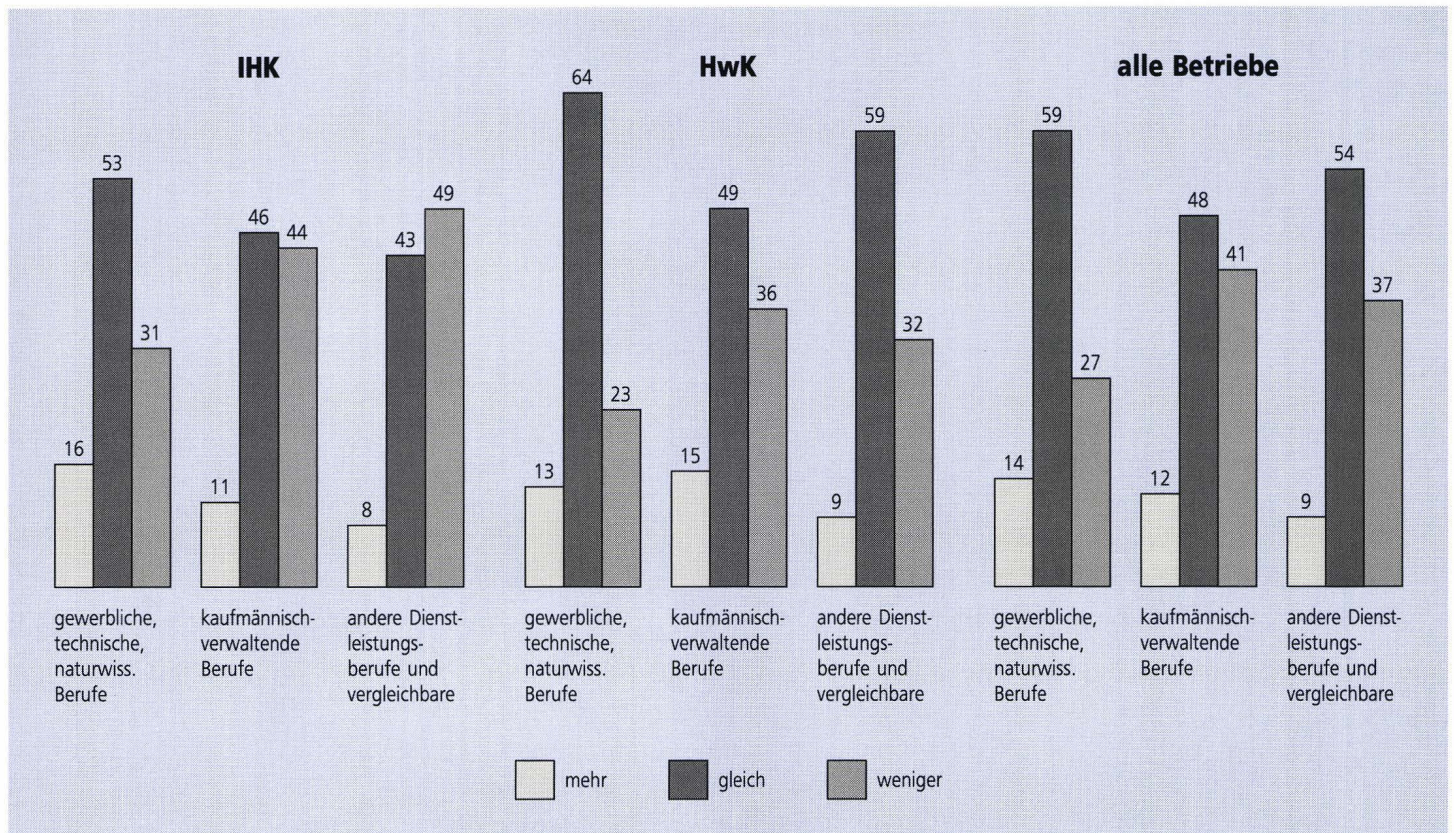
BIBB 1994

Alle anderen im Fragebogen vorgegebenen Kategorien erhalten deutlich weniger Zustimmung: Ein Viertel der Betriebe nennt eine schlechte Auftragslage als eine wesentliche Schwierigkeit, wobei es hier deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ausbildungsbereichen gibt. Während etwa ein Drittel der Betriebe des IHK-Bereichs eine schlechte Auftragslage nennt, sind es im Handwerk nur knapp 20 Prozent und bei den Freien Berufen sogar nur eine kleine Minderheit von drei Prozent. Ein Fünftel der Betriebe sieht die Wettbewerbsteilnahme als schwierig an, wobei dies kaum auf die Freien Berufe zutrifft. Ebenfalls rund ein Fünftel der Betriebe nennt bürokratische Hindernisse, die die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen. Erwähnenswerte Schwierigkeiten von Betrieben sind darüber hinaus Eigentumsfragen (10 Prozent) und ein Mangel an geeignetem Personal (13 Prozent).

Zukünftige Bereitstellung von Ausbildungsplätzen

Zur Abschätzung der Stabilität des Ausbildungsengagements wurden die Betriebe danach gefragt, wie sich die Zahl ihrer Ausbildungsplätze in den nächsten drei Jahren voraussichtlich entwickeln wird. Bei dieser Frage wurde nach gewerblich-technischen, kaufmännischen und anderen Berufen differenziert (vgl. Abb. 2). Für alle Berufsbereiche geht zumindest eine relative Mehrheit vom Status Quo aus, das heißt, die meisten Betriebe werden die Zahl ihrer Ausbildungsplätze in den nächsten Jahren etwa beibehalten. Allerdings sind zwischen den verschiedenen Berufsbereichen durchaus Unterschiede vorhanden. So wollen bei den gewerblich-technischen Ausbildungsberufen 27 Prozent der Betriebe die Zahl der Ausbildungsplätze einschränken; bei den kaufmännischen Berufen beträgt der entsprechende Prozentsatz dagegen 41 Prozent und bei den anderen Berufen noch 38 Prozent. Die entsprechenden Anteilswerte für Betriebe, die die Ausbil-

Abbildung 2: Entwicklung der Zahl der Ausbildungsplätze in den nächsten drei Jahren (in Prozent)



BIBB 1994

derung ausweiten wollen, betragen 14 Prozent, zwölf Prozent und neun Prozent. Im Handwerk und in den Freien Berufen ist der Anteil der Betriebe, die die Ausbildung einschränken wollen, deutlich niedriger als im IHK-Bereich. Unabhängig von diesen berufs- und ausbildungsbereichsspezifischen Unterschieden gilt generell, daß ein erheblicher Teil der Ausbildungsbetriebe beabsichtigt, in Kürze die Ausbildungskapazitäten zu reduzieren. In einer Situation, in der das duale System der Berufsbildung in den neuen Ländern gerade erst eingeführt wird, besteht also die Gefahr, daß erhebliche Ausbildungskapazitäten wegfallen.

Bevor auf die von den Betrieben selbst vorgebrachten Gründe eingegangen wird, die für die beabsichtigte Reduzierung der Ausbildung maßgebend sind, soll versucht werden, die Betriebe, die von einer Verringerung der Ausbildung ausgehen, anhand betrieblicher

Merkmale näher zu beschreiben. Hierzu wurden multivariate Analysen (Logitanalysen) getrennt für die einzelnen Berufsbereiche und für unterschiedliche betriebliche Merkmale gerechnet. Für die gewerblich-technischen Berufe ergibt sich ein gut gesicherter Ansatz mit den Variablen Branche, Betriebsgröße, Treuhand-Verwaltung und Einschätzung der Auftragslage. Die Ausbildung reduzieren wollen hiernach vor allem größere Betriebe (ab 250 Beschäftigten), solche des Verarbeitenden Gewerbes (wobei sehr viel günstiger die Situation im Baugewerbe ist), Treuhand- und ehemalige Treuhandbetriebe und Betriebe mit schlechter Auftragslage. Während beispielsweise kleinere Betriebe mit weniger als 250 Beschäftigten nur zu knapp einem Viertel die Ausbildung reduzieren wollen, beabsichtigt dies bei den größeren Betrieben mehr als die Hälfte. Für kaufmännische und für andere Berufe ergeben sich tendenziell ähnliche Zu-

sammenhänge, allerdings läßt sich dies — vermutlich wegen der niedrigeren Stichprobengröße — statistisch nicht mehr hinreichend sichern.

Eine Einschränkung ihres Ausbildungsengagements erwägen also vor allem Großbetriebe und solche des Verarbeitenden Gewerbes. Dies korrespondiert mit der in diesen Betrieben generell vorhandenen ungünstigen Beschäftigungslage. Diese häufig mit dem Begriff des Verlusts der industriellen Kerne umschriebene Situation ist zum Beispiel besonders gut für den Bereich der Treuhand- und ehemaligen Treuhandbetriebe dokumentiert worden.⁶ Die größeren Betriebe ab 250 Beschäftigten bilden in unserer Stichprobe zwar nur eine Minderheit von sieben Prozent, sie stehen aber für einen weitaus höheren Beschäftigten- und Auszubildendenanteil und sind für die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder insgesamt von nicht zu

unterschätzender Bedeutung. Gleichzeitig kommt ihnen eine bedeutende Rolle bei der Herausbildung eines leistungsfähigen dualen Systems der Berufsbildung zu. Insofern muß der zu erwartende Rückgang an zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätzen als ausgesprochen problematisch eingestuft werden.

Von besonderem Interesse ist die Frage, warum der Anteil der Betriebe, die eine Einschränkung der Ausbildung vornehmen wollen, im Bereich der kaufmännischen Berufe auffallend hoch ist. Letztendlich ließ sich dies im Rahmen der statistischen Analysen nicht vollständig klären.

Ein Grund für den betreffenden Sachverhalt dürfte darin zu suchen sein, daß die kaufmännischen Berufe stärker in solchen Betrieben ausgebildet werden, die Merkmale aufweisen, die generell für Betriebe mit Reduzierungsabsichten typisch sind. So finden sich kaufmännische Ausbildungsplätze in stärkerem Maße in Großbetrieben und in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes. Sie sind dagegen im Baugewerbe und im Handwerk unterrepräsentiert.

Andererseits ergibt sich auch für gebildete Untergruppen, also z. B. für Kleinbetriebe, eine stärker ausgeprägte Reduzierungsabsicht im Bereich der kaufmännischen Berufe gegenüber gewerblich-technischen Berufen. Grundsätzlich neigen Betriebe auch bei einer schlechten Auftragslage dazu, die Ausbildung im Bereich der kaufmännischen Berufe stärker einzuschränken als bei den gewerblich-technischen. Dieses Ergebnis korrespondiert mit Entwicklungen, die auch im Bereich der alten Bundesländer zu beobachten sind. So besteht auch bei den Betrieben aus den alten Bundesländern die Absicht, die Ausbildung stärker in den kaufmännischen Berufen zu reduzieren. Allerdings liegen die von der Forschungsgruppe SALSS ermittelten Quoten mit z. B. 30 Prozent in der Industrie unter den von uns für die neuen Länder ermittelten Anteilen.⁷

Gründe für die Reduzierung von Ausbildungsplätzen

Nachdem wir den Zusammenhang zwischen zukünftigen Ausbildungsabsichten und relevanten betrieblichen Rahmenbedingungen wie z. B. Betriebsgröße und Branche beschrieben haben, wollen wir uns nun mit den Gründen beschäftigen, die die Betriebe selbst für eine beabsichtigte Reduzierung der Ausbildung angeben. Hierzu wurde den betreffenden Betrieben eine Liste mit in Frage kommenden Gründen vorgelegt, wobei natürlich Mehrfachnennungen möglich waren. Am häufigsten begründen Betriebe eine Einschränkung der Ausbildung damit, daß ein entsprechender Bedarf an Fachkräften nicht gegeben sei. 55 Prozent aller Betriebe mit Reduzierungsabsichten nennen diesbezügliche Gründe. Die ungünstige Beschäftigungslage in den neuen Bundesländern wirkt sich also unmittelbar negativ auf das Ausbildungsengagement aus. Ebenfalls häufig wird die Einschränkung der Ausbildung mit den schlechten ökonomischen Bedingungen (44 Prozent) begründet. Dabei wird im Handwerk (66 Prozent) hierauf häufiger abgestellt als im IHK-Bereich (45 Prozent). Insgesamt wollen Handwerksbetriebe die Ausbildung zwar seltener als solche des IHK-Bereichs einschränken, es gibt aber offensichtlich auch Handwerksbetriebe, die aufgrund schlechter wirtschaftlicher Perspektiven sich zu einer Einschränkung gezwungen sehen. 40 Prozent aller Betriebe geben an, daß die Ausbildung selbst zu aufwendig und zu teuer sei. Unterschiede zwischen Handwerksbetrieben und dem IHK-Bereich sind hier nicht festzustellen. Relativ selten (18 Prozent) beziehen sich die befragten Betriebe mit Reduzierungsabsichten auf Gründe, die mit der Gestaltung des Ausbildungsprozesses selbst zu tun haben. Hierzu zählen z. B. zu hohe Anforderungen in der Ausbildungsordnung, Mangel an geeigneten Ausbildern oder eine unzureichende technische Ausstattung. Dabei ist natürlich nicht zu leugnen, daß viele

Betriebe auch mit solchen Problemen zu kämpfen haben⁸, sie sind aber nur in seltenen Fällen ursächlich für Überlegungen zur Einschränkung der Ausbildung. Auch ein Mangel an geeigneten Bewerbern wird nur von relativ wenigen Betrieben (13 Prozent) als Begründung für eine Reduzierung der Ausbildung genannt. Dies stellt z. B. einen wesentlichen Unterschied zur Situation in den alten Bundesländern dar. Hier wird z. B. von 40 Prozent aller Handwerksbetriebe und von 34 Prozent der IHK-Betriebe ein Mangel an Bewerbern als Begründung für einen Rückgang der Ausbildungsaktivitäten genannt.⁹

Zusammenfassend ist festzustellen, daß das Ausbildungsengagement vieler Betriebe in den neuen Bundesländern in einem hohen Maße instabil ist. Es besteht die Gefahr, daß die Ausbildungsbereitschaft vieler Betriebe in den nächsten Jahren zurückgehen wird. Von einer Verankerung des dualen Systems der Berufsbildung in den neuen Ländern kann noch nicht die Rede sein. Absichten, die Ausbildung einzuschränken, gibt es dabei vor allem in größeren Betrieben und im Verarbeitenden Gewerbe. Die Berufsbildung stellt dabei gewissermaßen ein Spiegelbild der insgesamt schlechten Ertrags- und Beschäftigungsperspektiven dieser Betriebe dar. Maßgebend für eine Reduzierung der Ausbildung sind vor allem ökonomische Gründe, die Betriebe könnten ihr bisheriges Ausbildungsengagement durchaus beibehalten, wenn die wirtschaftlichen Rahmendaten günstiger wären. Nur wenige Betriebe fühlen sich grundsätzlich von Ausbildungsaufgaben überfordert, ein Mangel an geeigneten Bewerbern wird von den allermeisten Betrieben ebenfalls nicht als Problem gesehen.

Bedeutung finanzieller Hilfen

Angesichts der erheblichen Unterstützung der betrieblichen Berufsausbildung in den neuen Ländern durch die öffentliche Hand, wollten wir von den befragten Ausbildungs-

betrieben wissen, ob sie auch ohne finanzielle Unterstützung ausbilden würden. Immerhin 30 Prozent aller befragten Betriebe erklären, daß sie ohne finanzielle Unterstützung nicht ausbilden würden. Der von den Betrieben zum Ausdruck gebrachte Bedarf an finanzieller Unterstützung unterscheidet sich dabei in deutlichem Maße zwischen den einzelnen Ausbildungsbereichen. Die Freien Berufe und die dem IHK-Bereich zugehörigen Betriebe sind nach eigener Aussage in geringerem Umfang auf finanzielle Hilfestellungen für die Ausbildung angewiesen als die Handwerksbetriebe (vgl. Übersicht 1).

Offenbar haben sich die Praxen und Betriebe der Freien Berufe, die sich zur Ausbildung entschieden haben, weitgehend auch finanziell konsolidiert, so daß sie die Kosten der Ausbildung in der Mehrheit ohne Probleme tragen können. Vor allem vielen Handwerksbetrieben dürften durch die Ausbildung dagegen große Belastungen auferlegt werden. Wie bereits dargestellt, neigen Handwerksbetriebe zwar weniger stark als IHK-Betriebe dazu, ihr Ausbildungsengagement einzuschränken, dieses Engagement ist aber aufgrund der starken Abhängigkeit von öffentlicher finanzieller Förderung relativ labil. Differenziert man den Bedarf an finanzieller

Unterstützung nach der Betriebsgröße, so wird erhärtet, was sich bei der Betrachtung der Unterschiede nach Kammerzugehörigkeit bereits angedeutet hatte. So melden die kleineren Betriebe einen deutlich höheren Bedarf an finanzieller Unterstützung an als die größeren (vgl. Übersicht 2).

Bei einer Differenzierung nach Branchen zeigt sich, daß insbesondere das Baugewerbe (36 Prozent im Vergleich zu 30 Prozent für alle Betriebe) die Ausbildungsaktivitäten von einer weiteren finanziellen Unterstützung abhängig macht. Dieses Ergebnis ist insofern nicht selbstverständlich, als die Beschäftigungs- und Auftragssituation im Baugewerbe im Vergleich zu anderen Branchen relativ günstig ist. So neigen Betriebe des Baugewerbes, wie ausgeführt wurde, ja auch weniger dazu, ihre Ausbildungsaktivitäten zu reduzieren. Zu beachten ist also, daß eine relativ hohe Stabilität des Ausbildungsengagements häufiger von einer finanziellen Unterstützung durch die öffentliche Hand getragen wird.

Betrachtet man die Betriebe, die im gewerblich-technischen und kaufmännischen Bereich ihre Berufsausbildung beibehalten oder sogar ausweiten, gegenüber solchen Betrieben, die ihre Ausbildung reduzieren wollen,

so ergibt sich hinsichtlich des Bedarfs an finanzieller Unterstützung ein signifikanter Unterschied. Betriebe, die die Ausbildung nicht reduzieren wollen, machen die Durchführung der Ausbildung grundsätzlich weniger von einer finanziellen Unterstützung abhängig (gewerblich-technisch: 28 Prozent, kaufmännisch: 19 Prozent) als solche Betriebe, die die Ausbildung einschränken wollen (gewerblich-technisch: 36 Prozent, kaufmännisch: 28 Prozent). Bei der ersten Gruppe handelt es sich offenbar um Betriebe, die sich längerfristig von der Ausbildung eigener Fachkräfte Vorteile wie kürzere Einarbeitungszeiten und schnelleren Zugriff auf Fachqualifikationen erhoffen.

Maßnahmen zur Förderung der betrieblichen Berufsausbildung

Wie wir gesehen haben, spielt die finanzielle Unterstützung der Ausbildungsbetriebe in den neuen Bundesländern zur Stützung der Ausbildungsaktivitäten eine nicht unerhebliche Rolle. Die Förderung der betrieblichen Berufsausbildung darf aber hierauf nicht reduziert werden, wichtig sind auch Maßnahmen, die auf eine erfolgreiche Durchführung des Ausbildungsprozesses selbst abzielen. So sagen 36 Prozent aller befragten Betriebe, daß sie nicht genügend Unterstützung bei der Vorbereitung der Auszubildenden auf die Zwischen- und Abschlußprüfung erhielten. Häufiger wird dies von den Handwerksbetrieben (41 Prozent) und den freien Berufen (37 Prozent) zum Ausdruck gebracht als von den Ausbildungsbetrieben aus dem Bereich von Industrie und Handel (28 Prozent). Hier dürfte eine Rolle spielen, daß für die Ausbildungsverantwortlichen im Bereich des Handwerks und der Freien Berufe die Aufgabe der Ausbildung häufiger neu und ungewohnt ist als im IHK-Bereich.

Die Betriebe wurden schließlich danach gefragt, welche Maßnahmen insgesamt dazu beitragen könnten, die Ausbildung zu stützen und weiter zu verbessern (vgl. Übersicht 3).

Übersicht 1: **Bedarf an finanzieller Hilfe nach Kammerbereich** (in Prozent)

Würde der Betrieb ohne finanzielle Unterstützung ausbilden?	IHK	HwK	Freie Berufe
Ja	73	66	81
Nein	27	34	19

Übersicht 2: **Finanzielle Hilfe nach Betriebsgrößenklasse** (in Prozent)

Würde der Betrieb ohne finanzielle Unterstützung ausbilden?	1—20	21—250	251 und mehr
Ja	64	75	80
Nein	36	25	20

Übersicht 3: **Ausbildungsbetriebe und genannte Maßnahmen nach Kammerbereich** (in Prozent)

Maßnahmen, damit Betriebe mehr ausbilden	IHK	HwK	Freie Berufe
Finanzielle Unterstützung	69	68	61
Kostenloses Lehrmaterial	17	23	24
Schulungen für Ausbilder	16	13	4
Ausbildungsbegleitende Hilfen	16	15	16
Mehr/bessere Ausbildungsberatung	16	19	17
Vom Arbeitsamt finanzierter Förder-/Zusatzunterricht	15	13	18
Ausstattung der Lehrwerkstatt	14	12	10
Mehr/besseres Informationsmaterial	12	14	10
Einrichtung eines betrieblichen Kooperations-/Ausbildungsverbunds	12	5	1
Bessere inhaltliche Abstimmung mit der Berufsschule	12	15	37
Bessere zeitliche Abstimmung mit der Berufsschule	10	19	20
Überbetriebliche ergänzende Unterweisung	9	9	9
Förderunterricht vor Prüfungen	6	10	18
Hilfe bei der sozialen Betreuung von Auszubildenden	6	4	4
Weniger Berufsschulunterricht	5	12	10
Bessere Aufgabenverteilung Betrieb-Berufsschule	4	6	6
Andere Maßnahmen	10	10	10

Nach unseren bisherigen Ausführungen überrascht es nicht, daß die finanzielle Unterstützung von den Betrieben am häufigsten als wichtige Maßnahme genannt wird. Aber auch anderen Hilfen zur Förderung der Berufsausbildung kommt durchaus eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Zu nennen sind hier beispielsweise neben Qualifizierungsmaßnahmen für das Ausbildungspersonal eine intensive Beratung während der Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen, Förderunterricht aber auch eine engere inhaltliche und zeitliche Abstimmung mit der Berufsschule. Diese Maßnahmen sind dabei in ihrer Gesamtheit wichtig, wobei sie auf unterschiedliche, jeweils spezifische Problemkonstellationen von Betrieben abstellen. Beispielsweise scheint die Zusammenarbeit mit der Berufsschule vor allem in den Freien Berufen ein Problem zu sein. 37 Prozent al-

ler befragten Betriebe wünschen sich hier eine bessere inhaltliche Abstimmung mit der Berufsschule.

Fazit

In einer Situation, in der die Ausbildungssituation in den neuen Bundesländern als gespannt bezeichnet werden muß und zur Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen von der öffentlichen Hand auch weiterhin außerbetriebliche Ausbildungsplätze gefördert werden müssen, besteht die Gefahr, daß viele Betriebe in den kommenden Jahren ihre Ausbildungsaktivitäten reduzieren. Dies gilt insbesondere für größere Betriebe in der Industrie, die für die Entwicklung eines leistungsfähigen und qualitativ anspruchsvollen dualen Systems der Be-

rufsausbildung von unverzichtbarer Bedeutung sind. Von einer Verankerung des dualen Systems der Berufsbildung kann in den neuen Ländern noch nicht die Rede sein. Die Berufsbildung stellt hier gewissermaßen ein Spiegelbild der insgesamt schlechten Ertrags- und Beschäftigungsperspektive auch der ausbildenden Betriebe dar. Der weitere Personalabbau in größeren Betrieben muß aus berufsbildungspolitischer Sicht als ausgesprochen problematisch eingeschätzt werden. Hier ist anzumerken, daß auch in den alten Bundesländern Personalabbau stärker in größeren als in kleineren Betrieben zu finden ist. In den alten Bundesländern dürfte dies vor allem Ausdruck der sich in Großbetrieben verstärkenden Rationalisierungsaktivitäten sein, in den neuen Bundesländern ist demgegenüber für viele Großbetriebe die wirtschaftliche Basis selbst weggefallen.

Was die Einschränkung des Ausbildungsengagements angeht, so erwägen besonders Großbetriebe des verarbeitenden Gewerbes und hier vor allem solche, die von der Treuhand verwaltet wurden oder noch werden, eine solche Einschränkung. Im Handwerk, den Freien Berufen und im Baugewerbe ist der Rückgang der Ausbildungsbereitschaft deutlich geringer.

Die Hauptgründe für die Einschränkung der Berufsausbildung sind der Reihe nach der fehlende zukünftige Bedarf an Fachkräften, die schlechte Wirtschaftslage, zu hohe Ausbildungskosten, Schwierigkeiten in der Durchführung der Ausbildung und schließlich der Mangel an geeigneten Bewerbern.

30 Prozent der von uns Anfang 1994 befragten Ausbildungsbetriebe erklären, daß sie ohne öffentliche finanzielle Unterstützung, vergleichbar der der vorangegangenen Jahre, nicht ausbilden werden.

Das betriebliche Ausbildungsengagement in den neuen Bundesländern ist in hohem Maße von der Gewährung öffentlicher finanzieller Hilfen abhängig und noch nicht hinreichend tragfähig. Zur Sicherung eines ausreichenden